

## **Berliner Erklärung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu den Bedingungen der Demokratie in der DIGITAL-WELT**

Die Enthüllungen des Whistleblowers Edward J. Snowden haben für viele Bürgerinnen und Bürger Erschreckendes erkennbar werden lassen: offenbar ist es nicht nur in autoritären Staaten sondern auch in den liberalen Demokratien eine gängige und möglicherweise gerade hier am weitesten fortgeschrittene Praxis, die elektronische Kommunikation einer wachsenden Zahl von Menschen zu überprüfen und zu diesem Zweck aufzuzeichnen und auszuwerten. Das geschieht im globalen Maßstab mit Hilfe unterschiedlicher Filter und mathematischer Algorithmen und folglich nicht unbedingt aufgrund eines konkreten Verdachts und hat zur Folge, dass sogar nach eigenem Bekunden der Geheimdienste zehntausende von Menschen „versehentlich“ in das Überwachungsnetz geraten.

Diese Praxis hat sich in den letzten Jahren aus einem Zusammenwirken von technologischer Entwicklung, ökonomischer Denkungsart, und einem neuen Sicherheitsdenken nach den Anschlägen vom September 2001 herausgebildet.

Dabei wird das ohnehin prekäre Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in eklatanter Weise zugunsten der Sicherheit verschoben; fundamentale Persönlichkeitsrechte werden in großem Maßstab verletzt und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden in ihrer Bedeutung für die Kontrolle staatlicher Machtausübung in Frage gestellt. Auf diese Weise werden zentrale Errungenschaften der westlichen Verfassungsstaaten aufgegeben. Dass dabei die ältesten unter den modernen Demokratien eine herausragende Rolle spielen, ist besonders beunruhigend. Aus vielfältigen historischen Erfahrungen (u.a. auch mit den Stasi-Strukturen der untergegangenen DDR) ist zu folgern, dass ein politisches System, welches seinen Bürgerinnen und Bürgern mit ständigem Misstrauen begegnet und sie unter Generalverdacht stellt, nicht überlebensfähig ist. Es muss an diesem Misstrauen zerbrechen. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlichster sozial- und naturwissenschaftlicher Disziplinen sind wir durch die Nachrichten von der systematischen, umfassenden und routinemäßigen Speicherung und Auswertung von elektronischer Kommunikation, die zum Teil in Kooperation mit privaten Netzbetreibern und Datendiensten erfolgt, in höchstem Maße beunruhigt. Wir sehen uns damit konfrontiert, dass die Fundamente unserer demokratischen Gesellschaft(en) zunehmend unterhöhlt werden.

Als Expertinnen und Experten für die wissenschaftliche Analyse der sozialen und natürlichen Lebensbedingungen unserer modernen Gesellschaft wissen wir, dass die rechtlich verfasste soziale Demokratie ein zerbrechliches Gebilde ist. Sie muss täglich verteidigt und immer wieder neu erkämpft werden. Wenn die Menschen- und Bürgerrechte unter den Händen der Geheimdienste zerrieben werden, sind Freiheit und Verantwortung als die Grundlagen unseres Zusammenlebens in Gefahr. Die Demokratie wird nicht nur von außen bedroht, sie stellt sich auf diesem Wege selbst in Frage.

Der Eindruck verdichtet sich, dass viele parteipolitische Akteure den Ernst der Lage nicht hinreichend erkennen, aus allianzpolitischen Rücksichten nicht artikulieren oder sich aus wahltaktischen Gründen opportunistisch verhalten.

Wir sind überzeugt, dass die aktuellen globalen Herausforderungen vom Klimawandel bis zur Welternährung, von atomarer Sicherheit bis zur Terrorbekämpfung nur auf der Basis von Recht und Freiheit bewältigt werden können. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind wir auf die Freiheit des Denkens angewiesen. Staatliche oder auch privatwirtschaftlich organisierte Überwachung und die Unterdrückung freier Kommunikation sind die Feinde dieser Freiheit.

Politik und Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft stehen vor einer Aufgabe, die durch Edward J. Snowdens Enthüllungen jetzt nachdrücklich auf die politische Tagesordnung gesetzt worden ist: Gemeinsam müssen wir versuchen, die Prozesse, Strukturen und Technologien der Digital-Welt in ihren Wirkungen auf unser Gemeinwesen zu verstehen und beraten, wie wir die politische Ordnung im Zeitalter globaler elektronischer Kommunikation für uns und für die nachfolgenden Generationen gestalten wollen.

Es geht uns um die Bedingungen von Recht und Freiheit in einer Welt, in der sich größere Möglichkeiten bieten als je zuvor in der Geschichte, aber die auch größeren Gefährdungen ausgesetzt ist.

Wir stellen fest:

1. Deutschland braucht schnell einen „großen Diskurs“ unter gleichberechtigter Beteiligung der Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, um über die aktuelle Situation aus den Perspektiven unterschiedlichster Expertise zu beraten.
2. Nach der Bundestagswahl muss umgehend eine neue, mit Parlamentarierinnen, Parlamentariern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern paritätisch besetzte Enquete-Kommission zum „Schutz der Privatsphäre und der bürgerlichen Freiheiten“ eingerichtet werden.
3. Deutschland muss sich für europäische und für globale Regelungen einsetzen, die sich den aktuellen Herausforderungen politischer, technischer und ökonomischer Entwicklungen der Digital-Welt stellen und die darauf zielen, demokratische Strukturen zu verteidigen und zu erneuern. Dazu gehört auch, unabhängiger von monopolistischen, zumeist US-amerikanisch dominierten Datenverarbeitungsstrukturen zu werden. Hierfür könnte ebenfalls eine Enquete-Kommission des Europäischen Parlaments den geeigneten Rahmen für den notwendigen öffentlichen Diskurs und die Entwicklung von tragfähigen Konzepten schaffen.

Der Kreis der Unterzeichnenden wird diese Prozesse unterstützen.

Berlin, 29. August 2013

*Der erweiterte Vorstand der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.):*

Prof. Dr. Ulrich Bartosch, Reiner Braun, Prof. Dr. Lothar Brock, Dr. Horst Feuerstein, Dr. Angelika Hilbeck, Prof. Dr. Götz Neuneck, Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Dr. Beatrix Tappeser

*Weitere Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner:*

Prof. Dr. Hans Ackermann, Dr. Helmut Aichele, Priv.-Doz. Dr. Stephan Albrecht, Prof. Dr. Elmar Altvater, RA Dr. Peter Becker, Prof. Dr. Friedhelm Beiner, Dr. Paula Bleckmann, Prof. Dr. Michael Broszka, Dr. Elisabeth Bücking, Prof. Dr. Inse Cornelssen, Prof. Dr. Thomas Cremer, Prof. Dr. Paul Crutzen, Dr. Daniel Dahm, Dr. Dieter Deiseroth, Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Dr. Henning Ehringhaus, Pfr. Dr. Matthias W. Engelke, Prof. Dr. Anita Engels, Dipl.-Pol. Annegret Falter, Prof. Dr. Maria Finckh, Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano, Prof. Dr. Josef Foschepoth, Dipl.-Ing. agr. Nikolai Fuchs, Dr. Gerd Gebhardt, Prof. Dr. Bernhard Gläser, Prof. Dr. Hartmut Graßl, Prof. Dr. Rainer Griebhammer, Prof. Dr. Martina Haedrich, Prof. Dr.-Ing. Manfred J. Hampe, Dr. Dirk-Michael Harmsen, Prof. Dr. Wolf D. Hartmann, M.A. Hermann Graf Hatzfeldt, Dr. Jürgen Heinrichs, Prof. Dr. Martin Heisenberg, Dr. Petra Hemptenmacher, Dr. Jörg Hemptenmacher, Prof. Dr. Peter Henicke, Dr. Wilbert Himmighofen, Dipl.-Päd. Peter Hollitzer, Dr. Martin Holtzhauer, Prof. Dr. Dr. h.c.

Ludwig Huber, Prof. Dr. Ferdinand Hucho, Dr. med. vet. Anita Idel, RA Otto Jäckel, Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joas, Prof. Dr. Eberhard Jochem, Prof. Dr. Carmen Kaminsky, Dipl.-Phys. Christian Kerpel, Prof. Dr. Regine Kollek, Dr. Dieter Korczak, Prof. Dr. Susanne Krasmann, Prof. Dr.-Ing. Klaus Peter Kratzer, Prof. Dr. Michael Krawinkel, Prof. Dr. Rolf Kreibich, Prof. Dr.-Ing. Wilfried Kühling, Prof. Dr. Rudolf Prinz zur Lippe, Dr. Hanns Ludwig, Dr. Hans-Jochen Luhmann, Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Meissner, Prof. Dr. Ulrich Mergner, Dr. Martha Mertens, Prof. Dr. Klaus Michael Meyer-Abich, Priv.-Doz. Dr. Lutz Mez, Prof. Dr. Gerd Michelsen, Werner Mittelstaedt, Dr. rer. nat. Hans-Bernhard Nordhoff, Dr. Steffi Ober, Prof. Dr. Michael Opielka, Tobias Orthen, Prof. Dr. Thomas Pleil, Prof. Dr. Angelika Plöger, Prof. Dr. Thomas Potthast, Prof. Dr. Klaus Quiring, Prof. Dr. Dr. h.c. Franz-Josef Radermacher, Prof. Dr. Walter Rosenthal, Prof. Dr. Heidi Schelhowe, Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joachim Schellhuber, RA Dr. Klaus Schmid, Prof. Dr. Hans-Jörg Schneider, Prof. Dr. Jürgen Schneider, Dipl.-Päd. Inken Seifert-Karb, Dr. rer. nat. Philipp Sonntag, Dr. Joachim Spangenberg, Prof. Dr. Ulrich Teichler, M.A. Margret Thalwitz, Dr. Holger Thurn, Dr. Peter Viebahn, Prof. Dr. Hartmut Vogtman, Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Dr. phil. Bernhard Wiebel, Prof. Dr. Gerd Winter, Dr. med. Johannes Wolf, Dr. oec. troph. Elisabeth Wolf, M.A. Ulrike Wunderle, Prof. Dr. Angelika Zahrnt, Prof. Dr. Christoph Zöpel.

*Anfragen an:*

Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.

Marienstr. 19/20

10117 Berlin

Fon: 030-212 340 56

Email: [info@vdw-ev.de](mailto:info@vdw-ev.de)